

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Burkhardt Müller-Sönksen, Florian Toncar,  
Dr. Werner Hoyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/225 –

### Menschenrechte in Usbekistan einfordern

#### A. Problem

Der Antrag der Fraktion der FDP befasst sich mit der Situation der Menschenrechte in Usbekistan. In dem Antrag wird auf die Niederschlagung eines Aufstands in Andijan am 13. Mai 2005 hingewiesen, bei dem sich Bürger der usbekischen Provinzstadt gegen Rechtswillkür und Korruption der usbekischen Staatsmacht erhoben hätten und von Sicherheitskräften des usbekischen Innenministeriums ohne Vorwarnung von Panzerwagen aus Schüsse auf Tausende Demonstranten abgegeben worden seien. Dabei seien mehrere hundert Andijaner ums Leben gekommen. Die genauen Hintergründe der Demonstration und ihrer gewaltsamen Niederschlagung lägen bis heute im Dunkeln. Die Führung Usbekistans weigere sich, eine von den USA und der EU geforderte unabhängige Untersuchung der Vorgänge von Andijan zuzulassen. Auch seien in der Folge der gewaltsamen Niederschlagung der Demonstration in Usbekistan insgesamt von der Regierung die Maßnahmen gegen demokratische Oppositionelle drastisch verschärft worden. Der Deutsche Bundestag soll das rücksichtslose Vorgehen der usbekischen Sicherheitskräfte bei der Niederschlagung des Aufstands in Andijan verurteilen und sich den Forderungen internationaler Organisationen nach einer unabhängigen Untersuchung anschließen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich nicht nur im multilateralen Rahmen, sondern auch bei der Gestaltung der deutsch-usbekischen Beziehungen für eine unabhängige Aufklärung der Vorfälle und für die unbedingte Achtung der Menschenrechte durch die usbekische Regierung einzusetzen.

#### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. und Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### C. Alternativen

Keine

#### D. Kosten

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag – Drucksache 16/225 – abzulehnen.

Berlin, den 8. März 2006

### **Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe**

**Dr. Herta Däubler-Gmelin**  
Vorsitzende

**Erika Steinbach**  
Berichterstatterin

**Johannes Jung (Karlsruhe)**  
Berichterstatter

**Burkhardt Müller-Sönksen**  
Berichterstatter

**Michael Leutert**  
Berichterstatter

**Volker Beck (Köln)**  
Berichterstatter



